

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/212

Bonn, den 5. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Eine gute Stunde im Bundestag</u> "Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen"	30
2	<u>1980 in Bayern</u> Mehr Ingenieure, weniger Facharbeiter Von Dr. Günther Müller-München, MdB	49
4	<u>"Kontinuität und Reform"</u> Zur Wachablösung im Verteidigungsministerium Von Udo P. Löwke	63
5	<u>Anfang einer Verhandlungsserie</u> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen in Helsinki Es geht um den atomwaffenfreien Meeresboden	47
6	<u>Ein Märtyrer der Arbeiterbewegung</u> Zum 50. Jahrestag des Todes von Hugo Haase Von Günter Grossmann	43

Eine gute Stunde im Bundestag

"Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen"

sp - Viele hatten befürchtet, es werde bei der Debatte über die Benennung des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen in einem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen zu einem Streit zwischen den Regierungsparteien und der Opposition auch darüber kommen, wer größeren und realistischeren Eifer in der Deutschlandpolitik entwickle und wer der bessere oder der schlechtere Deutsche sei. Manche sahen schon die Gespenster der Weimarer Zeit wieder auferstehen, in der ein Konsensus zu Lebensfragen der Nation nicht bestand. Wir alle kennen die Folgen.

Freiherr Wilhelm von Weizsäcker, der Sprecher der Unionsparteien, hielt eine noble Rede; eingeschlossen war ein Lob für Herbert Wehner, den bisherigen Minister für gesamtdeutsche Fragen. Das hohe Niveau dieses Beitrages behielten auch die Redner der anderen Fraktionen. Alle waren sich bewußt, daß sich die Deutschlandpolitik als innenpolitisches Schlaginstrument nicht eignet. Dafür steht viel zu viel auf dem Spiel. Die Gemeinsamkeit in nationalen Grundauffassungen ist zu einem Erbe geworden, von dessen Erhaltung und Mehrung die Lebens- und Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland abhängt.

Eine gespaltene Nation kann sich den Rückfall in nationalistische Triaden und Denkschemata nicht leisten. Die Zeit ging darüber hinweg. Es schon von der Großen Koalition angesteuerte und von der neuen Bundesregierung nun intensiviertere Bestreben nach einem geregelten Neben- und Miteinander beider Teile Deutschlands als Bestandteil der Friedenspolitik enthält keinen Zündstoff, der zwischen Regierung und Opposition gelegt werden könnte.

Die Aufrichtigkeit der neuen Bundesregierung, ein Höchstmaß von Zusammenhalt der deutschen Nation zu bewahren, wird auch von der Opposition anerkannt und gewürdigt. Sie bleibt frei von vergiftendem Mißtrauen. Das machte diese kurze Debatte deutlich. Der 6. Deutsche Bundestag hatte eine gute Stunde.

+ + +

1980 in Bayern  
-----

Mehr Ingenieure, weniger Facharbeiter

Von Dr. Günther Müller-München, MdB

Mehr als die Hälfte aller bayerischen Arbeitnehmer müssen nach den neuesten Forschungsergebnissen in den nächsten zehn Jahren ihren Arbeitsplatz wechseln oder zumindest andere Tätigkeiten ausüben als heute. Demit liegt Bayern, was die Auswirkungen des technischen Fortschritts betrifft, wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, oder - negativ ausgedrückt - es müssen in Bayern prozentual mehr Arbeitnehmer ihre jetzige Tätigkeit aufgeben als im übrigen Bundesgebiet. Dies ist eines der Ergebnisse von sechs wissenschaftlichen Analysen namhafter Institute und Gremien über die Folgen der Automation.

Schuld an dieser bayerischen Sonderstellung ist ein gewisser Rückstand der Wirtschaft in Bayern. Genauer gesagt: Die Arbeitsproduktivität der bayerischen Wirtschaft ist niedriger als im Bundesdurchschnitt; 1967 lagen noch alle Wirtschaftsbereiche Bayerns unter der Produktivitätsrate im übrigen Bundesgebiet. Allerdings wächst die Produktivität in der bayerischen Wirtschaft schneller, der Rückstand verringert sich immer mehr, und bis 1980 soll - den Forschungsergebnissen zufolge - Bayern den Bund eingeholt haben. Einzige Ausnahme: Die verarbeitende Industrie.

Größere Reserven an Arbeitskräften in Bayern haben bisher dazu geführt, daß das Wirtschaftswachstum durch eine höhere Beschäftigtenzahl erreicht werden konnte, was wiederum den Zwang zum technischen Fortschritt, das heißt zur Rationalisierung und Automation, abbremst. Da inzwischen auch in Bayern der Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschöpft ist, wird sich weiteres Wirtschaftswachstum im wesentlichen auf vermehrte Nutzung des technischen Fortschritts gründen.

Obwohl in Bayern in den nächsten zehn Jahren fast zweieinhalb Millionen Erwerbstätige ihre jetzige Tätigkeit nicht mehr ausüben werden, besteht nach Ansicht der Fachleute kein Grund für Sorgen vor einer sogenannten "technologischen Arbeitslosigkeit". Die Experten errechnen im Gegenteil aus der Automation die Chance, die beiden politisch wichtigsten Ziele, nämlich Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum, gleichzeitig zu erreichen.

Im einzelnen ergeben die Voraussagen etwa folgendes Bild:

1980 wird es in Bayern 4770 Computer geben, das sind mehr als sechsmal so viele wie Anfang 1969 oder knapp ebenso viele wie zu diesem Zeitpunkt in der gesamten Bundesrepublik. Das in der elektronischen Datenverarbeitung beschäftigte Personal wird jedoch nur um das Vierfache zunehmen. Nur der Bedarf an Spitzenpersonal wird sich erhöhen, weil die von den Elektronenrechnern ausgeführten Arbeiten komplizierter werden. Einen starken Rückgang wird es bei den mit der Datenerfassung Beschäftigten Angestellten, also den Locherinnen und Prüferinnen geben, weil die Daten in Zukunft automatisch erfaßt werden.

Auch für viele Facharbeiter bringt der verstärkte Computereinsatz Nachteile. Die Maschinen werden die eigentliche Facharbeit übernehmen; zur Kontrolle und Überwachung genügt angeleitetes Personal. Während die Elektronenrechner bisher vor allem Routinearbeiten durchführten, werden sie in Zukunft qualifiziertere Aufgaben lösen, so daß auch die mittleren und höheren Angestellten mit wesentlich veränderten Funktionen ihrer Tätigkeit rechnen müssen.

"Kontinuität und Reform"

Zur Wachablösung im Verteidigungsministerium

Von Udo F. Löwke

Das "Guten Morgen, Soldaten!" aus dem Munde des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Helmut Schmidt bei der Wachablösung auf der Bonner Hardthöhe leitete eine entscheidende Phase in der Entwicklung des Verhältnisses von Demokratie und bewaffneter Macht in Deutschland ein. Bei aller Betonung der auch von Schmidt herausgestellten Devise "Kontinuität und Reform" sollte über das Tagesgeschäft hinaus die politische, ja die historische Bedeutung dieses Wechsels in der politischen Verantwortung für unsere Bundeswehr nicht unterschätzt werden.

Im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört es in Deutschland zur Tradition, daß sich Legenden wie Parasiten ansiedeln. Da gleichzeitig überkommene Geheimhaltungskomplexe und die bei uns in den Reihen der Politiker, Wissenschaftler und Journalisten immer noch unterentwickelte Fähigkeit auf dem Gebiet der "grand strategy" die Legenden befruchten, können die Parasiten nur allzu häufig mit dem Gewächs selbst verwechselt werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß davon ein Lied zu singen; ein Lied in Moll. Denn ihre wehrpolitischen Bemühungen in der Entwicklung der Bundesrepublik sind so oft bewußt mißinterpretiert worden, daß mehr als einmal die gängigen Parolen ihrer innenpolitischen Gegner als bare Münze genommen und die wahren Denkansätze verschleiert wurden. Die fünfziger und die frühen sechziger Jahre müssen in die Annalen eingehen als Beispiel dafür, wie die wehrpolitischen Programme einer großen demokratischen Partei verketzert wurden.

In den letzten Jahren hat sich diese Situation gewandelt. Es bedurfte nicht erst der Großen Koalition, um Gemeinsamkeiten in den Grundzügen unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erkennen.

Es bleibt dennoch ein erstaunliches, aber angesichts der früheren wehrpolitischen Auseinandersetzungen verständliches psychologisches Phänomen, daß noch in diesem Sommer bei Truppenbesuchen manche Kommandeure ihre Präferenz zu erkennen gaben: Sie wünschten sich eine von der CDU bestimmte Regierung, aber im übrigen mit dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt als Verteidigungsminister.

Schmidt versteht die Bundeswehr als integrierten Teil unserer Gesellschaft. In diesem Erziehungsprozeß fällt ihm wie von selbst die Aufgabe zu, in der Truppe durch seine Leistung das Verständnis dafür zu wecken, daß entgegen allen Restbeständen früherer Propaganda auch die sozialdemokratische Partei ein integrierter Bestandteil dieser Gesellschaft ist. Die wechselseitige Bereitschaft zum Abbau der historisch verständlichen und vermeintlich vorhandenen Antagonismen zwischen der SPD und "dem Militärischen" ist da. Das Demokratie-Verständnis von Bundeskanzler Brandt gilt auch für das Verhältnis der von ihm geführten Partei zu den Soldaten aller Rangstufen: "Wir fangen erst richtig an".

Die SPD tut gut daran, ihren dafür unbestritten fähigsten Mann mit der Leistung des Verteidigungsministeriums zu betrauen. Sozialdemokratische Konzepte zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik lassen seit langem seine Handschrift erkennen und tragen seine Unterschrift. Von Kurt Schumacher über Fritz Erler zu Helmut Schmidt läßt sich mühelos auch eine Kontinuität sozialdemokratischen wehrpolitischen Denkens nachweisen.

Die in der Regierungserklärung und in der Debatte gesetzten Akzente ermutigen zu der Annahme, daß die Verteidigungspolitik in den nächsten Jahren wieder interessanter wird. Mit dem verschmitzten Lächeln eines Auguren kann man vorausahnen, daß die CDU/CSU bei kommenden Haushaltsberatungen in Ausübung ihres legitimen Rechts als Opposition den Einzelplan 14 ablehnen wird. Möge ihr das Schicksal erspart bleiben, aus diesem Grunde in den Geruch der "Wehrverneinung" zu kommen, in den sie in früheren Jahren aus gleichem Anlaß oft die SPD gebracht hat. Eine solche Kehrtwendung wäre für die Integration der Opposition in die Gesellschaft, für die Truppe und für die Demokratie nicht gut.

### Anfang einer Verhandlungsserie

#### Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen in Helsinki

re.- Die Einigung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf einen Vertragsentwurf für das Stationierungsverbot von Nuklearwaffen auf dem Meeresgrund stellt zweifellos einen Fortschritt im Sektor der internationalen Rüstungskontrolle dar. Es scheint zwischen den beiden großen Atommächten auch Einigung darüber zu bestehen, durch ein Bündel weiterer Verträge zunächst die Neuproduktion atomarer Sprengkörper und Trägerwaffen zu stoppen und möglicherweise eines Tages kontrolliert zu reduzieren. Die Konferenz in Helsinki kann da ein Anfang sein.

Auch für die Bundesrepublik Deutschland mit dem Küstenvorfeld Ostsee und Nordsee hat der Vertragsentwurf, der nun von den Vereinten Nationen beraten und später zur Ratifizierung vorgelegt wird, eine gewisse Bedeutung. Im Vorfeld der deutschen Küsten können künftig keine Atomminen gelagert oder Abschußrampen für Atomraketen installiert werden.

Bemerkenswert ist auch der Geist, der in der Präambel des Vertragsentwurfs in Übereinstimmung beider Atomgroßmächte festgelegt wird. Es wird anerkannt, daß künftig Erforschung und Benutzung des Meeresbodens und der darunter liegenden Schichten nur friedlichen Zwecken dienen soll. Bemerkenswert ist die Formulierung, daß der Vertrag "einen Schritt zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle darstellt".

Der von den beiden Großmächten ausgehandelte Vertragsentwurf, der nun bald zur Ratifizierung ausliegen wird, legt fest, daß "weder Objekte mit nuklearen Waffen noch irgendeines anderen Waffentyps zur Massenvernichtung noch Bauten, Abschußvorrichtungen oder irgendwelche anderen Vorrichtungen zu errichten oder einzubetten sind, die speziell für Lagerung, Erprobung oder Verwendung nuklearer Waffen vorgesehen sind".

Zweifellos hätte man sich eine umfassendere Waffenfreiheit des Meeresboden gewünscht. Aber hier standen sich die Interessen der Großmächte noch hart gegenüber. Vor allem die USA, die kein Küstenvorfeld besitzen, bestanden darauf, daß auf dem Meeresboden auch künftig Kontrollanlagen installiert sein dürfen, welche das Herannahen gegnerischer U-Boote registrieren. Zudem konnte der Vertrag wohl nicht anders ausfallen, solange die beiden Großmächte nicht bereit sind, ihre atomare U-Boot-Flotte mit den Atomraketen abzuschaffen.

Allerdings sieht der Vertragsentwurf keine Kontrolle vor, wie man sie sich gleichfalls gewünscht hätte. Nach dem gegenwärtigen Stand sind aber auch nur die USA und die Sowjetunion technisch in der Lage, solche Kontrollen (oder in diesem Falle eine gegenseitige Überwachung) vorzunehmen. Andere Staaten können derartige technische Apparaturen noch nicht produzieren.

Es läge allerdings bei den Vereinten Nationen, in absehbarer Zeit eine internationale Kontrollbehörde zwecks Überwachung des Vertragsinhalts zu bilden. Der Vertrag über die Atomwaffenfreiheit des Meeresbodens würde überzeugende Glaubwürdigkeit erhalten, wenn die beiden Großmächte ihre technischen Unterwasserschiffe den Vereinten Nationen zu Inspektionszwecken überlassen würden.

+ + +

## Ein Märtyrer der Arbeiterbewegung

---

Zum 50. Jahrestag des Todes von Hugo Haase

Von Günter Grossmann

Zusammen mit August Bebel, danach mit Friedrich Ebert, stand er an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Vorsitzender der Reichstagsfraktion gab er am 4. August 1914 die historische Erklärung ab: "Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich". Aber hier hatte sich der aufrechte Arbeiterführer Hugo Haase nur der demokratischen Mehrheitsentscheidung der Fraktion gebeugt.

Seine konsequente Haltung führte Hugo Haase über die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren Vorsitz er vom Gothaer Gründungsparteitag 1917 übertragen bekam. Haases flammende Anklagen gegen den staatlich konzessionierten Massenmord des Krieges stärkten das wiedererwachende politische Bewußtsein der Arbeiterschaft und schärften das moralische Gewissen der demokratischen Kräfte im Reichstag und in der Öffentlichkeit. Als das völkermordende Blutbad im November 1918 zu Ende gegangen war, leitete er den Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte und übernahm - wieder gemeinsam mit Friedrich Ebert - den Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten, einer paritätisch besetzten Regierungskoalition der beiden Arbeiterparteien SPD und USPD. Hier wurde Haase vor allem zuständig für die auswärtigen Angelegenheiten, denen nach der Beendigung des unsinnigen Krieges besondere Bedeutung bei der sinnvollen Gestaltung eines Völkerfriedens zukam.

Sein politisches Werk hat Hugo Haase nicht vollenden können. Bereits zwei Monate nach Kriegsende schied er mit den Unabhängigen Sozialdemokraten aus der Regierung aus, kämpfte unermüdlich weiter für die Schaffung einer sozialistischen Demokratie und litt unsäglich unter den Unzulänglichkeiten und Geburtsfehlern der jungen Republik. Diese Republik war noch kein Jahr alt, als der 56jährige im November 1919 das Geschoß eines angeblich wahnsinnigen Mörders dahinraffte. Weder dem Kaiser noch irgendeinem der deutschen Bundesfürsten, weder Hindenburg noch Ludendorff ist je ein Haar gekrümmt worden, aber die Elite der deutschen Arbeiterführer war in jener Zeit Freiwillig für Mörder.

Der gebürtige Ostpreuße ist sich in seinem kampfgeprobten Leben stets selbst treu geblieben, als erfolgreicher Anwalt und Parlamentarier, als geachteter Parteipolitiker und Staatsmann. Einer weitverbreiteten Zeitströmung hat sich der charaktervolle Sozialist immer verschlossen: Nie hat sich Hugo Haase von seiner jüdischen Glaubensgemeinschaft getrennt. Seiner biblisch zu nennenden Grundhaltung entsprach sein Schicksal. Er, der den Frieden und die Gerechtigkeit liebte, wurde vom Haß verfolgt. Wehe der Generation, die sein Vermächtnis vergessen wollte.

+ + +